



EFD, Oberzolldirektion  
Grenzwachtkorps, Stabsdienste  
Monbijoustrasse 40  
3003 Bern  
[patrice.obrien@ezv.admin.ch](mailto:patrice.obrien@ezv.admin.ch)

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)  
[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

Bern, 20. März 2014

**Stellungnahme zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR-Verordnung) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR-Verordnung). Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz stimmt der Genehmigung des Notenaustauschs zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR-Verordnung) mit Überzeugung zu.

Diese Verordnung ist Bestandteil eines Pakets zur Verbesserung der „Schengen-Governance“, also des Schengener Systems als Ganzes. Das ist dringend erforderlich, wenn wir uns den dahinter stehenden Anlass vor Augen führen: Mit diesem Paket reagierten das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat auf die Tragödien, die sich letztes Jahr erneut vor der Insel Lampedusa ereigneten. Allein am 3. Oktober 2013 ertranken vor deren Küste rund 390 Menschen, als ein mit etwa 545 Flüchtlingen aus Somalia und Eritrea beladener Kutter im Mittelmeer versank. Die italienische Küstenwache und einheimische Fischer retteten 155 Überlebende. Alle übrigen starben.

Das Unglück löste europaweit eine heftige Diskussion über die Flüchtlingspolitik aus. Lampedusa wurde zum Gleichnis für eine europäische Flüchtlingspolitik, die aus dem Mittelmeer einen Friedhof macht. Mindestens 20 000 Menschen sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten bei dem Versuch umgekommen, Europas Küsten zu erreichen. Wir können nicht zulassen, dass noch mehr Menschen sterben. Lampedusa muss ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein.

Wir brauchen zunächst unmittelbare humanitäre Hilfe für die Betroffenen. Weder Italien noch Malta können die notwendige Soforthilfe dauerhaft alleine leisten. Lampedusa tut alles, um den Menschen zu helfen. Aber Lampedusa kann das nicht alleine bewältigen. 10 000 Flüchtlinge auf einer Insel wie Lampedusa mit 6000 Einwohnern, das ist eine unlösbare Aufgabe. 10 000 Menschen unter 515 Millionen Europäern auf 28 Mitgliedstaaten plus die Schweiz verteilt, das ist hingegen eine bewältigbare

Aufgabe. Die Mittelmeeranrainerstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen und eine gerechte Verteilung zwischen den Schengenstaaten zu organisieren, das bedeutet europäische Solidarität. Das muss das primäre Ziel aller künftigen Bemühungen sein.

Um Menschenleben im Mittelmeer zu retten, brauchen wir dringend ein Rettungssystem für in Seenot geratene Schiffe. Dazu trägt die vorliegende Verordnung zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems EUROSUR bei, die zum erwähnten Paket gehört. Die SP Schweiz erwartet, dass sich der Bundesrat im Rahmen der Schengen-Assoziation dafür einsetzt, dass das Grenzüberwachungssystem nicht der Abwehr von Flüchtlingen dient, sondern vor allem anderen dazu beiträgt, die physische und psychische Integrität der Flüchtlinge sicherzustellen und deren Grundrechte zu wahren.

Gemäss Artikel 2 Absatz 1 der EUROSUR-Verordnung besteht das Ziel im „Verhindern unbefugter Grenzübertritte“, in der Bekämpfung „grenzüberschreitender Kriminalität“ und im „Beitrag zur Gewährleistung des Schutzes und der Rettung des Lebens von Migranten.“ Damit reagiert die EUROSUR-Verordnung auf die langjährige Kritik an Frontex, die Grundrechte von Flüchtlingen nur ungenügend wahrgenommen zu haben. Im September 2011 setzte das Europäische Parlament durch, dass den leitenden Frontex-Organen ein Grundrechtsbeauftragter und ein Konsultationsforum für Grundrechtsfragen zur Seite stehen. Dem Konsultationsforum gehören die Europäische Unterstützungsagentur für Asylangelegenheiten, die Grundrechte-Agentur, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und weitere Organisationen an. Für die SP ist vor diesem Hintergrund zentral, dass das Europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR voll und ganz in den Dienst dieser Bestrebungen zur Achtung und Gewährleistung der Grundrechte von Flüchtlingen und allen anderen Personen steht, die an den Pforten der EU-Aussengrenze anklopfen.

Dafür braucht es auch eine ausreichende Finanzierung und einen auf Lebensrettung ausgerichteten Auftrag an Frontex. Eine weitere sinnvolle Massnahme, die kurzfristig umgesetzt werden kann, ist die Implementierung der bereits beschlossenen Verbesserungen bei den EU-Asylregeln, die auch Verbesserungen der Aufnahmelager vorsehen. Denn die Aufnahme in ein ordentliches Asylverfahren ist die wirksamste Massnahme, um „unbefugte Grenzübertritte“ zu verhindern.

Gerade auch nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 dürfen wir nicht vergessen: Europa ist ein Einwanderungskontinent. Deshalb brauchen wir ein legales Einwanderungssystem – auch als Antwort auf kriminelle Schlepperbanden, die mit der Not von Menschen Geschäfte machen und sie in seeuntauglichen Booten auf eine ungewisse und lebensgefährliche Reise schicken. Der Bundesrat ist aufgerufen, gleichgerichtete Bestrebungen in der EU tatkräftig zu unterstützen und die Umsetzung des neuen Europäischen Grenzüberwachungssystems EUROSUR in diese Perspektive zu stellen.

Laut Begleitbericht ist „die EUROSUR-Verordnung ein detailliert ausgestalteter Rechtsakt der EU, der grösstenteils direkt anwendbar ist.“ Es genügt deshalb nicht, bloss die geplanten geringfügigen Anpassungen der CH-Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengenstaaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums (VZAG) (SR 631.062) in die Systematische Rechtssammlung des Schweizer Bundesrechts aufzunehmen. Vielmehr ist dort auch die integrale EUROSUR-Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 zu veröffentlichen, stellt sie doch in wesentlichen Teilen direkt in der Schweiz anwendbares Recht dar.

Mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Peter Hug  
Politischer Fachsekretär